Offener Brief

An Bundesministerin Karin Prien
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

25.11.2026

Demokratie braucht Widerspruch

Sie drängen die Mitte an den Rand

Zu den Förderentscheidungen im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ für 2027

Sehr geehrte Frau Ministerin Prien,

Sie wollen mit „Demokratie leben!“ die „stille Mitte“ erreichen und den Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Schwerpunkt machen. Ihre Förderentscheidungen für 2027 bewirken das Gegenteil. Sie streichen Projekte, die genau in dieser Mitte arbeiten und sie erreichen. Damit drängen Sie die Mitte der Gesellschaft an den Rand – und überlassen sie denen, die sie radikalisieren.

Die abgesagten Projekte sind die Mitte
Die Projekte, denen Sie die Förderung entziehen, arbeiten nicht am Rand. Sie sind in Schulklassen, in Polizei, Justiz und Verwaltung, in Jugendverbänden, Vereinen und Nachbarschaften, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen tätig. Sie beraten Lehrkräfte, Kommunen und Betroffene von Gewalt, bringen Jugendliche über den Nahostkonflikt ins Gespräch und nehmen Konflikten ihr Radikalisierungspotential. Sie haben dieser Arbeit vorgeworfen, nur ein linksliberales Milieu zu erreichen. So erklären Sie die engagierte Mitte zum Rand.

Ein Projekt gegen Desinformation, das mit Feuerwehrverbänden entwickelt wurde, ließ Ihr Staatssekretär nach Recherchen der *taz* persönlich streichen. Projekte im Themenfeld „Demokratische Konfliktbearbeitung“, die einen konstruktiven Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten u. a. in den Kommunen stärken, sind nahezu komplett gestrichen worden.

Wer am rechten Rand fischt, stärkt den Rand
Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2026 zeigt: 89,3 Prozent befürworten die Demokratie als Idee, aber nur 65,2 Prozent die Demokratie in ihrer verfassten Form. 30,7 Prozent stimmen antisemitischer Schuldabwehr zu. Autoritäre Einstellungen wachsen in der Mitte. Wer ihnen nachgibt, gewinnt sie nicht zurück. Die umfassendste vergleichende Untersuchung (Krause, Cohen und Abou-Chadi 2023) findet keinen Beleg dafür, dass etablierte Parteien die radikale Rechte schwächen, wenn sie deren Positionen übernehmen. Eher wandern dann mehr Wählerinnen und Wähler zu ihr ab.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ein Problem der Mitte
Sie selbst sagen, vom Rechtsextremismus gehe „die größte Gefahr“ aus. Gestrichen wird aber, wo Minderheiten geschützt, Teilhabe gestärkt, Konflikt bearbeitet und Diskriminierung erfasst wird: bei Projekten von OFEK e.V. und Trialoge (Gesellschaft im Wandel) gegen Antisemitismus, obwohl sie sich kontinuierlich an Regelstrukturen wenden; beim Monitoring antimuslimischer Vorfälle von CLAIM, bei der Arbeit von *Each One Teach One* gegen Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen, beides bundesweite Player, wo der Förderentzug enorm negative Auswirkungen haben wird. Die Dachverbände der Opfer-, Ausstiegs- und Mobilen Beratung verlieren 60 Prozent der Bundesmittel. Auch Projekte gegen Queerfeindlichkeit wie Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland und Queerweg verlieren ihre Förderung.

Sie haben den Begriff des antimuslimischen Rassismus öffentlich infrage gestellt und erklärt: **„Vielfalt sehe ich nicht als staatliches Förderziel.“** So wird eine Mitte konstruiert, aus der Musliminnen und Muslime, Schwarze Menschen, Eingewanderte, queere Menschen und Menschen mit Behinderungen sowie andere Minderheiten herausfallen. Antiziganismus zumal in Behördenstrukturen ist aktuell als relevantes Problem für die Betroffenen eingestuft worden, die Bildungsarbeit in Behörden aber droht jetzt in Niedersachsen komplett wegzufallen. Es werden Sündenböcke geschaffen, während die größte Gefahr für die Demokratie von rechts kommt.

Was auf dem Spiel steht – beispielhafte Projekte
Das Programm verliert 2027 rund 20 Millionen Euro – nicht einmal ein Zehntausendstel des Bundeshaushalts. Von rund 1.200 Bewerbungen wurden nur etwa 150 zur Antragstellung aufgefordert. Viele ostdeutsche Einrichtungen sind von den Kürzungen besonders betroffen. In **Sachsen** erhielten nach bisherigen Angaben die meisten der 19 Innovationsprojekte Absagen, darunter das Kulturbüro Sachsen, das Erich-Zeigner-Haus und das jüdische Ariowitsch-Haus in Leipzig. In **Sachsen-Anhalt** wurde das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen nicht zur Antragstellung ausgewählt; das länderübergreifende Kooperationsprojekt zwischen Sachsen-Anhalt, Thüringen und Hessen im dgitalen Raum kann nicht angeboten werden. In **Mecklenburg-Vorpommern** enden Fortbildungen für Fachkräfte in Horten und Schulsozialarbeit sowie die Beratungsstelle gegen Antifeminismus Zaffa.

Zudem verlieren Stand heute allein in **Nordrhein-Westfalen**, dem bevölkerungsreichsten Land, 18 Innovationsprojekte zum Jahresende ihre Förderung. Demokratieförderung wird abgebaut, wo sie schützen muss und dort, wo sie noch vorbeugen kann.

Im strukturschwachen **Saarland** sind zwei Projekte ersatzlos gestrichen, die im Bereich Jugendverbandsarbeit und Kinder- und Jugendhilfe Beteiligung und diskriminierungskritische Strukturen fördern, somit besonders vulnerable, von Mehrfachdiskriminierungen betroffene Gruppen adressieren.

Viele Migrant*innenorganisationen können ihre Arbeit 2027 nicht fortsetzen. Damit gehen gewachsene Strukturen und Beratungsangebote sowie vertrauensvolle Zugänge für Menschen verloren, die von Diskriminierung, Rassismus und gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen sind.

Auf dem Spiel stehen in Jahren aufgebaute Strukturen, deren Beratungsangebote und Sichtbarkeit massiv eingeschränkt werden. Betroffene verlieren Anlaufstellen und der Wegfall bundesweiter Unterstützungsangebote trifft lokale Player zusätzlich. Einrichtungen und Fachkräfte (Schulen und Lehrkräfte besonders) verlieren konkrete Unterstützungsangebote und Ansprechpersonen, mit denen sie eine konstruktive Arbeit aufgebaut, gemeinsame *Learnings* entwickelt und Qualität aufgebaut haben.

Wie entschieden wurde
Viele Träger erhielten freitagsabends Absagen ohne Begründung. Wie ein Hohn klingt, dass den Abgesagten der Zwischenbericht erspart bleiben soll. Nach Recherchen der *taz* wird ein Projekt der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert, obwohl die unabhängigen Gutachter ihm nur geringe Priorität gaben. Ihr Ministerium erklärte, die Hausleitung habe „am Ende ein Wort mitzureden“. So verspielt Demokratieförderung das Vertrauen, von dem sie lebt.

Wir fordern Sie auf

1. Nehmen Sie die Kürzung zurück und stocken Sie das Programm um 50 Millionen Euro auf.
2. Sichern Sie bewährten Trägern ab dem 1. Januar 2027 eine Übergangsfinanzierung, damit Wissen, Netzwerke und Stellen nicht verloren gehen.
3. Legen Sie Kriterien, Gutachtervoten und Begründungen aller Förderentscheidungen offen und klären Sie die Eingriffe der Hausleitung.
4. Fördern Sie die Arbeit gegen Antisemitismus und Rassismus gemeinsam, unterstützen Sie Projekte zum Schutz von Minderheiten, öffnen Sie das Programm wieder für regional verankerte Träger und sichern Sie Demokratieförderung dauerhaft gesetzlich ab.

Wir erwarten, dass Sie Ihre Entscheidungen öffentlich begründen und mit den betroffenen Trägern ins Gespräch kommen. Die Demokratie sagen wir nicht ab. Wir machen weiter – und wir erwarten das auch von der Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen

Erstunterzeichnende

Diesen Brief unterzeichnen betroffene Einrichtungen und alle, die sich mit ihnen solidarisieren.

Fritz Bauer Forum Nichts ist Vergangenheit
Gesellschaft im Wandel gGmbH Trialoge
Stadt.Raum.Gestalten e.V. Theatre for Dialogue – Aktivierende Demokratie durch Methoden des Forumtheaters
Bildungsteam Berlin Brandenburg e.V. Kinder- und Jugendhilfe für Alle! Diskriminierungssensible Beschwerdeverfahren beteiligungsorientiert entwickeln
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein "Checkst du's? - Digital kompetent teilhaben
Distanz Distanzierungsarbeit, jugendkulturelle Bildung und Beratung e.V. Transform – Distanzierungsarbeit zur Überwindung von Demokratiedistanz und zur Verhinderung von Einstiegen in den Rechtsextremismus
Landesjugendring Brandenburg e.V. Jugendverbände resilient – partizipativer DEMOKRATIE-Resilienzcheck
Bildungsverein Parcours e.V. „Alles Geschichte? – Historisches Lernen und frühe Prävention von Antiziganismus und Antisemitismus in der Grundschule“
colorido e. V. Plauen WIR im Land
Bundesverband Mobile Beratung „Handlungsfähigkeit als Schlüssel zur Resilienz“ und "WIRKRAUM Demokratie - vom Praxiswissen zur Handlungssicherheit."
Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe, bbt e.V. **Familien stärken Demokratie – partizipative Demokratiebildung in Familienzentren und** Transit – Koordination im Bereich Migration
Cultures Interactive e.V. „Narrative Gesprächsgruppen in Schulen“; „Aufsuchende Distanzierungsarbeit in Kommunen“; „Koordinierungsstelle Jugendsozialarbeit“
Landesfachverband Medienbildung Brandenburg e.V. Digitaler Beteiligungsnavigator: Orientierung, Handlung, Wirkung
NaturFreunde Deutschlands
Vielfalt Leben - QueerWeg Verein für Thüringen e.V.
VIW - Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity e.V.
Meet2respect
Backup-Comeback - Couragiert Demokratie Stärken! e.V.
RAA Sachsen e.V.
Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
Arbeit und Leben Thüringen
Magazin of Color gUG
Aktion Courage e.V.
Grundschule Ost Landshut
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.
Miteinander Leben Lernen gGmbH
ZEOK e.V.

FITT - Institut für Technologietransfer an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes gGmbH
Opferperspektive e.V.
Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) – Nordrhein-Westfalen e.V.
Politik zum Anfassen e.V.
Phoenix e.V.
Salvador-Allende-Haus/ Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V.
Schülerpaten Berlin e.V.
different people e.V.
Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)
CLAIM gGmbH
Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schlaglicht e.V.
Lola für Demokratie e.V.
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Pro Peace

Solidarische Unterzeichner*innen

Dachverband Lesben und Alter e.V.
Global Innovation Gathering e.V.
Kulturpark e. B. Festival OSTEN
Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk (thadine) e.V.
codetekt e. V. - Verein gegen Desinformation
ezra
Don't forget Afghanistan
RAA Leipzig – Regionale Arbeitsstelle mit Angeboten für Beratung, Bildung und Dialog e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.
Progressiver Eltern- und Erzieher*innen-Verband (PEV) NRW e.V.
Gedenkstätte Breitenau (Hessen)
Netzwerk für Demokratiebildung
Kulturbunt Neuperlach e.V.
Kölner Schulnetzwerk Demokratie
Iura Liberos e.V.
Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.
MOBIT e.V.
Prof. Dr. Anna Kasten, Ernst-Abbe-Hochschule Jena
RAA - Demokratie und Bildung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Stadtverband Köln
Landesfrauenrat Thüringen e.V.
DGB Bezirk Hessen-Thüringen